

Kreis Schleswig-Flensburg

Grüne formulieren Appell gegen Windkraft-Wildwuchs – doch fast niemand zieht mit

Von Joshua Hirschfeld | 01.04.2026, 14:19 Uhr



Windräder: Wann sind es zu viele? Und wo sollen sie stehen? FOTO: IMAGO

Wie im Steartmoor in Großsolt pflanzen Investoren zu viele Windräder auf Flächen, die für Windkraft eigentlich

Die Grünen wollen den Windkraftausbau bremsen. Und scheitern am Widerstand der anderen Parteien. Auf den ersten Blick war es ein doch eher ungewöhnliches Bild, das sich da in der vergangenen Sitzung des Kreistags Schleswig-Flensburg zeichnete. Die Grünen hatten einen Antrag eingebracht, der vorsah, dass die Kreispolitik einen Appell an die Landesregierung richtet. Anschließend wollte sich diesem Appell allerdings kaum jemand.

In den vergangenen Monaten seien zahlreiche besorgte, verärgerte und erschrockene Bürger auf seine Kollegen und ihn zugekommen, begründet Rainer Borchering in der Sitzung das Anliegen seiner Fraktion. Der Tenor der Bürger: „Bei uns sind Investoren am Start, die auf völlig ungeeigneten Flächen versuchen, Windparks durchzudrücken.“



Rainer Borchering ist Kreistagsmitglied der Grünen. ARCHIVFOTO: PRIVAT

Borcherding verweist auf das „juristische Chaos“, das entstanden sei, nachdem 2023 der Regionalplan Wind gekippt worden war, der den Ausbau der Windkraft im nördlichen Schleswig-Holstein regeln sollte. Die Regionalpläne legen Vorranggebiete fest, weisen also geeignete Flächen aus. Sie zeigen damit umgekehrt auch an, wo keine Windräder entstehen sollen.

Investoren nutzten „unglückliche Rechtslage“ aus

Die derzeit „unglückliche Rechtslage“ ohne gültigen Regionalplan erleichtere es Investoren, ihre Vorhaben auch an eigentlich ungeeigneten Standorten durchzudrücken, klagt Borcherding. Er verweist auf Großsolt, wo im Bereich des Steartmoors fünf Windräder entstehen sollen. Untere Naturschutzbehörde, Umweltorganisationen und eine örtliche Bürgerinitiative laufen Sturm gegen das Vorhaben.

Weiterlesen: [Windräder im Moorgebiet? In Großsolt regt sich massiver Widerstand](#)

Kein Einzelfall. Zuletzt hatte sich etwa auch im Raum Steinfeld/Loit eine Bürgerinitiative gegründet. Auch hier nutzten aus Sicht der Bürger Investoren die rechtlichen Lücken, die sich aus dem fehlenden Regionalplan ergeben. Borcherding spricht von einem halben Dutzend Planungsverfahren, die in Angeln derzeit laufen würden.

Weiterlesen: [Geplanter Bürgerwindpark: Steinfelder wehren sich gegen neue Windkraftanlagen](#)

Die Idee der Grünen: ein „Signal“ an die betroffenen Bürger senden. „Wir sehen eure Sorgen.“ In ihrem Appell fordern sie

die Landesminister auf, „alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um die durch den Wegfall des Regionalplans Wind im Planungsraum 1 aufgekommenen Nutzungs- und Zielkonflikte im Sinne der betroffenen Bevölkerung und der Naturgüter abzufedern und in geordnete Bahnen zu lenken“. Das Ziel: die „Abwehr von Partikularinteressen, die den gesellschaftlichen Konsens untergraben und der Akzeptanz der regenerativen Energieerzeugung schaden“.



Gegen das Windkraft-Vorhaben in Großsolt regt sich sichtbarer Protest. ARCHIVFOTO: MICHAEL STAUDT

Das Land wird aufgefordert, juristische Wege zu finden, laufende Planungsprozesse auszubremsen, bis der neue Regionalplan greift, sowie die Festlegungen, die sich in den Entwürfen des neuen Regionalplans finden, bereits jetzt in den laufenden Prüfungsverfahren zu berücksichtigen.

Antrag der Grünen wird abgelehnt

Eine Mehrheit findet sich für den Antrag der Grünen im Kreistag nicht. Er wird mit breiter Mehrheit abgelehnt. Auch wenn so mancher den Grundgedanken der Grünen teilen dürfte.

So fordert etwa auch die AfD das Landesamt für Umwelt zur „genauen Überprüfung der eingereichten Genehmigungsanträge“ auf. Gerade im Widerstand gegen das Vorhaben im Großsolter Moorgebiet sei man übrigens auch viel zeitiger präsent gewesen als die Grünen, behauptet Fraktionschef Jan Petersen-Brendel am Rande der Sitzung. Norman Timmermann, bürgerschaftliches Mitglied der AfD im Regionalentwicklungs- und Umweltausschuss, ist Mitbegründer der örtlichen Bürgerinitiative.

Ist der Appell tatsächlich notwendig?

Die CDU-Abgeordnete Elke Bielfeldt verweist in ihrer Gegenrede auf die Genehmigungsverfahren, in deren Rahmen die Träger öffentlicher Belange sowie Fachbehörden wie die Untere Naturschutzbehörde angehört würden. „Wir gehen davon aus, dass das zuständige Ministerium alle eingehenden Stellungnahmen äußerst sorgfältig abwägt und prüft und eventuell auch eine Umweltverträglichkeitsprüfung erwägt, bevor eine Baugenehmigung erteilt wird“, so Bielfeldt.

Ähnlich argumentiert Clemens Teschendorf von der SPD. Ja, man müsse schon genau hinschauen, wo neue Windparks entstehen. Aber: „Wir tun uns schwer damit, einen Appell zu beschließen, in dem wir eine staatliche Ebene dazu aufrufen, sich an Landes- und Bundesrecht zu halten.“ Das sei doch selbstverständlich.

Sie haben einen Hinweis oder einen Fehler entdeckt? [Schreiben](#)
[Sie uns gern eine E-Mail an feedback@shz.de.](mailto:feedback@shz.de)